Welthunger durch Weltwirtschaft

Hannah-Arendt-Lectures und Hannah-Arendt-Tage 2009

Herausgegeben von Detlef Horster

© Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2010

Thomas Pogge Weltarmut, Menschenrechte und unsere Verantwortung

Armut wird dann am schlimmsten, wenn Menschen nicht nur vergleichsweise arm sind, sondern auch arm im absoluten Sinn. Auch heute noch sind die meisten Menschen in diesem zweiten Sinne arm: nicht sicher in der Lage, ihre einfachsten Grundbedürfnisse abzudecken. Das ist schon immer so gewesen. Und dennoch hat sich die moralische Lage dadurch dramatisch verändert, dass Armut dieser Art durch gewaltige globale Produktivitätsgewinne vermeidbar geworden ist. Es besteht heutzutage ein groteskes Missverhältnis zwischen der menschlichen und der ökonomischen Größenordnung des Weltarmutsproblems.

In menschlichen Begriffen ist dieses Problem unvorstellbar groß, wie die Berichte über durch Armut ausgelöste Deprivationen belegen. Zum ersten Mal in der Geschichte hat die Zahl chronisch unterernährter Menschen die Milliardengrenze überschritten (www.fao.org/news/story /en/item/20568/icode/). 884 Millionen Menschen leben ohne sicheres Trinkwasser; 2,5 Milliarden ohne ausreichende sanitäre Anlagen (www. wssinfo.org/en/40_MDG2008.html). 924 Millionen haben kein ausreichendes Obdach, und 1,6 Milliarden fehlt elektrischer Strom (www. unhabitat.org). Zwei Milliarden haben keinen Zugang zu unverzichtbaren Arzneimitteln (www.fic.nih.gov/about/plan/exec_summary.htm). 774 Millionen Erwachsene sind Analphabeten (www.uis.unesco.org). 218 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 verrichten Lohnarbeit außerhalb des eigenen Haushalts - oft unter gefährlichen Bedingungen und wie in Leibeigenschaft: als Soldaten, Prostituierte oder Hausangestellte; in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Textil- oder Teppichindustrie (www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc95/pdf/repi- b.pdf).

Menschen, die derartige Deprivationen erleiden, sind ausgesprochen anfällig selbst für kleinste Veränderungen ihrer natürlichen oder sozialen Umwelt und leiden unter zahlreichen Formen von Ausbeutung und Missbrauch. Jedes Jahr sterben etwa neun Millionen Kinder unter fünf Jahren (www.unicef.org), und mehr als doppelt so viele Menschen insgesamt

(www.who.int/whr/2004) vorzeitig an armutsbedingten Ursachen – das sind etwa ein Drittel aller menschlichen Todesfälle. Hunderte Millionen leiden unter vermeidbaren oder behandelbaren Krankheiten. Noch höher ist die Zahl derer, deren Leben durch schwere Krankheiten oder vorzeitige Todesfälle in ihrer Familie zerstört werden. Diese Gesundheitsdefizite drücken in vielen armen Ländern die Wirtschaft nieder, wodurch die Armut perpetuiert wird, was wiederum zur Krankheitslast der Bevölkerung beiträgt.

Ökonomisch gesehen ist das Problem der Weltarmut die Kluft zwischen dem aktuellen wirtschaftlichen Status der Armen und demjenigen, den sie zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse bräuchten. Dank gesteigerter weltweiter Produktivität ist diese Kluft sehr klein geworden. Das Weltarmutsproblem besteht dennoch so massiv fort infolge der enormen und immer noch ansteigenden globalen Ungleichheit. Die ärmere Hälfte der Menschheit besitzt nur etwa 1,1 Prozent des globalen Privatvermögens, während das reichste Prozent über 40 Prozent verfügt (www.iariw.org/papers/2006/davies.pdf, Tabelle 10a). Im Jahr 2007 besaßen die 1125 Milliardäre der Welt ungefähr dreimal so viel Vermögen wie die ärmsten 3400 Millionen Menschen zusammen. Beim Haushaltseinkommen und Konsum ist die Ungleichheit geringer – aber immer noch dramatisch, wie die folgende Tabelle zeigt (Daten von Branko Milanovic, Weltbank):

Segment der Weltbevölkerung	Anteil am weltweiten Haushaltseinkommen 1988	Anteil am weltweiten Haushaltseinkommen 2002	Absolute Veränderung des Anteils	Relative Veränderung des Anteils	
Reichstes Zwanzigstel	42.87	48.80	+5.93	+13,8%	
Nächsten 4 Zwanzigstel	46.63	42.78	-3.85	-8.3%	
Zweites Viertel	6.97	5.44	-1.53	-22.0%	
Drittes Viertel	2.37	2.06	-0.31	-13.1%	
Ärmstes Viertel	1.16	0.92	-0.24	-20.7%	

Eine Verschiebung von nur einem Prozent des weltweiten Haushaltseinkommens – etwa 350 Milliarden US-\$ – würde die schlimmsten Deprivationen der ärmeren Hälfte der Menschheit vermeiden. Diese Hälfte hätte dann 4 Prozent statt wie derzeit 3 Prozent des weltweiten Haushaltseinkommens. Dieses eine Prozent entspricht lediglich einem Sechstel des Zugewinns in seinem Anteil am globalen Haushaltseinkommen, den das oberste Zwanzigstel im Zeitraum von 1988 bis 2002 erzielten. Hätte dieses oberste Zwanzigstel zum Zweck der Armutsvermeidung seinen eigenen Anteil am weltweiten Haushaltseinkommen ein bisschen weniger aggressiv ausgeweitet, so hätte diese Elite immer noch einen erheblichen Zuwachs erzielt und am Ende 47,8 Prozent des globalen Haushaltseinkommens für sich verbucht.

Wir sehen hier deutlich das im einleitenden Absatz erwähnte Missverhältnis: Obwohl die Kosten der Armutsbeseitigung relativ zum steigenden Welteinkommen immer trivialer

werden, bleiben die gewaltigen menschlichen Kosten der Armut weiter bestehen. Selbst in seiner schlimmsten Periode brachte der Zweite Weltkrieg nicht einmal halb soviel Tod und Leiden wie heute die Weltarmut. Dabei ließe sich die Weltarmut viel leichter beseitigen: Um den Zweiten Weltkrieg zu beenden, bedurfte es des Opfers von 15 Millionen Soldaten der Alliierten sowie finanzieller Aufwendungen von etwa der Hälfte der Bruttoinlandsprodukte der USA, UdSSR und Großbritanniens in den Jahren 1943-1945. Um die Armut zu beenden, müssten keine Menschenleben geopfert werden und die nötigen finanziellen Anstrengungen würden von den Reichen kaum gespürt werden. Dadurch, dass die Reichen der Welt mit ihren Regierungen und internationalen Organisationen die ärmere Hälfte weiterhin in schlimmer und oft lebensbedrohlicher Armut halten, ersparen sie sich nur geringfügige Opportunitätskosten.

Diese einfache Wahrheit über die Weltarmut wird heutzutage von der Weltelite auf kreative Weise verschleiert: von ihren Politikern, Beamten und Ökonomen. Um moralische Aufmerksamkeit auf die Weltarmut zu lenken, bedarf es daher einer Sisyphusarbeit von Analysen zur Aufdeckung der vielen Rationalisierungen, welche die menschliche oder wirtschaftliche Größenordung des Problems, seine historische Entwicklung, die Gründe seines Fortbestehens sowie die Einstellung der Eliten zum Armutsproblem verfälschen. Diese Aufgabe wird erst dann enden, wenn die Armut selbst beseitigt ist und solcherlei Rationalisierungen deshalb nicht mehr benötigt oder belohnt werden.

Eine wichtige Verzerrung des Weltarmutsproblem läuft über die Verwendung von Kaufkraftparitäten (KKP). In der obigen Tabelle wurden die Einkommensanteile nach Wechselkursen berechnet. Orthodoxe Ökonomen würden die Tabelle ablehnen mit der Begründung, dass hier ignoriert wird, dass die Armen es mit viel niedrigeren Preisen zu tun hätten. Sobald diese Tatsache einmal berücksichtigt werde, lägen die Einkommen und Einkommensanteile der Armen zwei bis drei höher Mal Einkommensungleichheit reduziere sich um einen etwas höheren Faktor (da auch der Einkommensanteil der Reichen etwas abfalle). Während KKP bislang meistens zur Anpassung der Kurse von Währungen untereinander benutzt wurden, führt die Weltbank derzeit analoge Anpassungen sogar innerhalb einzelner Länder ein – so wird zum Beispiel ein chinesischer Yuan, der in ländlichen Gebieten verdient oder ausgegeben wird, als 37 Prozent mehr wert angesetzt als einer in städtischen Gegenden. Diese Anpassung ermöglicht es der Weltbank, die nationale Ungleichheit innerhalb vieler Länder neuerdings erheblich niedriger einzuschätzen.

Aber ist es wirklich plausibel, unter Verweis auf KKP intranationale und internationale Ungleichheiten herunterzuspielen? Nehmen wir an, dass sich bei den Armen mit jedem Geldbetrag doppelt soviel einkaufen lässt wie mit demselben Betrag bei den Reichen. Sollten wir dann folgern, dass die Ungleichheit im Pro-Kopf-Einkommen zwischen dem obersten Zwanzigstel und dem untersten Viertel nur 133:1 beträgt statt 265:1? Dieser Schluss übersieht, dass sowohl Reiche also auch Arme lieber in wohlhabenden Gegenden wohnen möchten als in armen. Arme Leute können es sich allerdings nicht leisten, diese Vorliebe zu realisieren. Wohlhabende könnten jedoch in den ärmsten Stadtvierteln wohnen und nach ihrer Pensionierung in den billigsten Landesteil umziehen – sogar ins ländliche Bangladesh. Wir tun es jedoch nicht. Und wie können wir dann den Armen sagen, dass es ihnen gar nicht so

viel schlechter geht als uns, weil dort, wo sie wohnen, alles viel billiger ist, wenn dieser Unterschied im Preisniveau uns nicht dazu motiviert, zu ihnen zu ziehen?

Die weltweite Ungleichheit als solche darzulegen, war ohnehin nicht der Sinn der obigen Tabelle. Ihr zentraler Zweck war vielmehr, die Vermeidbarkeit der absoluten Armut zu untermauern. In diesem Zusammenhang verzerrt die Verwendung von KKP das Bild dadurch, dass die Weltarmut wirtschaftlich größer erscheint, als sie tatsächlich ist. Die wirklichen Opportunitätskosten, die den Reichen entstehen würden, wenn sie den Armen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse erlaubten, hängen davon ab, was die den Armen fehlenden Dinge dort kosten, wo die Armen tatsächlich leben – nicht davon, was sie in wohlhabenden Ländern kosten würden. Natürlich lägen die Preise dieser Bedarfsgüter bei den Armen etwas höher, wenn die Armen höhere Einkommen hätten. Dieser Preiseffekt wäre jedoch nicht groß genug, um die oben erwogene Verschiebung um ein Prozent des weltweiten Haushaltseinkommens zugunsten der Armen unzureichend zu machen.

Die Weltbank misst und verfolgt absolute Armut in finanziellen Begriffen. Dafür muss man in der Tat die Preise berücksichtigen, mit denen Haushalte es tatsächlich zu tun haben. Dennoch sind KKP hier nicht sinnvoll, weil sie die verschiedenen nationalen Preise für jede Ware im Verhältnis zu deren Anteil am internationalen Konsum berücksichtigen. Indem sie mit KKP operiert, legt die Weltbank viel zu viel Gewicht auf die Preise von Waren (wie Immobilien und Unterhaltungselektronik), die zur Armutsvermeidung gänzlich irrelevant sind, und viel zu wenig Gewicht auf die Preise von Waren (wie Grundnahrungsmittel und Medikamente), welche arme Menschen zum Überleben unbedingt brauchen. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass die Verwendung von KKP das Bild in einer Weise verzerrt, die die Lage der Armen besser aussehen lässt, als sie tatsächlich ist. Besonders billig bei den Armen sind sogenannte nicht-handelbare Waren – zum Beispiel Dienstleistungen –, welche die Armen kaum brauchen und kaum in Anspruch nehmen. Handelbare Waren, wie Nahrungsmittel, sind dagegen bei den Armen nicht so viel billiger, wie es KKP nahelegen. Dies lässt sich leicht ersehen, wenn man die von der Weltbank verwendeten KKP für den allgemeinen Haushaltskonsum mit den spezielleren KKP vergleicht, die sehr viel enger nur auf den Preisen von Lebensmitteln (Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke) basieren. Die letzteren, für die Armutsmessung viel relevanteren KKP liegen in jedem einzelnen armen Land höher, und zwar im Durchschnitt um etwa die Hälfte (siteresources.worldbank.org/ICPINT/Resources/icp-final.pdf, Tabelle 1). Dies bedeutet, dass die Dollareinkommen, die die Weltbank nach KKP-Umrechnung den Armen zuschreibt, um ungefähr die Hälfte zu hoch angesetzt sind relativ zu dem, was die Armen sich tatsächlich an Lebensmitteln kaufen können.

Zur Illustration: Die Weltbank zählt als »nicht arm« alle Menschen mit einem täglichen Konsum, dessen Marktpreis in lokaler Währung wenigstens so viel Kaufkraft hat wie 1,25 US-\$ in den USA im Jahr 2005. Damals brauchte man beim herrschenden Umrechnungskurs etwa 75 pakistanische Rupien, um 1,25 US-\$ zu kaufen. Unter Verweis auf allgemeine KKP für Haushaltseinkommen sieht die Weltbank 25,89 Rupien pro Person und Tag als zur Armutsvermeidung hinreichend an. Um jedoch so viel *Lebensmittel* zu kaufen, wie man im Jahr 2005 in den USA für 1,25 US-\$ bekam, brauchte man in Pakistan 41,81 Rupien. Ein genau an der von der Weltbank definierten Armutsgrenze lebender (»nicht-armer«) Pakistani konnte also täglich nur so viel Lebensmittel kaufen, wie man im Jahr 2005 in den USA für

0,77 US-\$ bekam. Natürlich müsste ein solcher Mensch tatsächlich noch weniger für Lebensmittel ausgeben, weil mit den täglichen 25,79 Rupien ja nicht nur die Ausgaben für Ernährung bestritten werden müssen, sondern auch die für Kleidung, Unterkunft, medizinische Versorgung und andere notwendige Gebrauchsgüter.

Die offizielle Armutsgrenze der Weltbank – heute rund 500 US-\$ pro Person und Jahr in den USA – ist eindeutig zu niedrig, um ein Einkommens- oder Verbrauchsniveau zu definieren, auf dem Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen könnten. Folglich zählt die Weltbank zu wenige Arme und lässt das Weltarmutsproblem kleiner erscheinen, als es ist. Noch wichtiger ist jedoch, dass das gewählte Niveau der Armutsgrenze auch einen starken Einfluss auf die beobachtete Evolution des Weltarmutsproblems hat. So berichtet die Weltbank etwa, dass über die gesamte Zeitspanne ihrer statistischen Erhebung – von 1981 bis 2005 – die Zahl armer Menschen um 27 Prozent zurückgegangen sei (von 1896 auf 1377 Millionen). Würde die Armutsgrenze jedoch höher, also z. B. beim KKP Äquivalent von 2,00 oder 2,50 Dollar der Jahres 2005 pro Person und Tag angesetzt, dann müsste die Weltbank für denselben Zeitraum einen Anstieg der Armut berichten (Chen & Ravallion 2008, Tabelle 7). An der 2,50-US-\$-Linie gemessen stieg die Zahl der Armen um 13 Prozent (von 2732 auf 3085 Millionen). Diese Abhängigkeit des Trends vom Niveau der Armutsgrenze ist von größter Bedeutung, weil Regierungen ihre Versprechungen, die Armut bis 2015 zu halbieren, an den von der Weltbank gelieferten Trenddaten bemessen.

Ein solches Versprechen wurde 1996 beim Welternährungsgipfel in Rom abgegeben mit der Selbstverpflichtung von 186 Regierungen »zur Ernährungssicherheit für alle und zu fortlaufenden Anstrengungen zur Beseitigung des Hungers in allen Ländern mit dem unmittelbaren Ziel, die Zahl der unterernährten Menschen spätestens bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte des gegenwärtigen Standes zu verringern« (www.bmelv.de/cln 135/SharedDocs/Standardartikel/ Internationales/Welternaehrung-FAO/ErklaerungRom1996.ht ml?nn=310370). Seitdem ist die offiziell berichtete Zahl der chronisch Unterernährten von 800 auf 1020 Millionen, also um 27,5 Prozent angestiegen (FAO). Die von der Weltbank gelieferten Armutszahlen liefern ein freundlicheres Bild. Ihnen zufolge ist, relativ zur offiziellen Armutsgrenze, die Zahl der Armen in der ersten Hälfte der Planperiode (1996-2005) um 16,9 Prozent zurückgegangen. Allerdings berichtet die Bank auch, dass der Armutsrückgang nur 4,5 Prozent betragen habe, wenn man die doppelt so hohe Armutsgrenze zugrundelegt. In Bezug auf diese adäquatere Armutsgrenze wird die in Rom 1996 versprochene Halbierung der Zahl der Armen oder Hungernden bis 2015 nur schwer zu erreichen sein.

Dies war vielleicht der Grund dafür, dass die Regierungen der Welt das Versprechen von Rom schleunigst durch ein anderes ersetzten. Die Millenniums-Erklärung, die einstimmig von der UNO-Vollversammlung im September 2000 gebilligt wurde, versprach feierlich, »bis zum Jahr 2015 den Anteil der Weltbevölkerung, dessen Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt, und den Anteil der Menschen, die Hunger leiden, zu halbieren« (www.mfr.cc/download/die-millennium-erklarung – gemeint ist hier ein nach KKP umgerechneter Dollar des Jahres 1985: die alte, offizielle Armutsgrenze der Weltbank, die inzwischen durch 1,25 nach KKP umgerechnete Dollar des Jahres 2005 ersetzt worden ist). Diese Formulierung hält an der Idee der Halbierung des Problems bis 2015 fest, verwässert aber geschickt das Ziel dadurch, dass eine Halbierung nicht der Anzahl, sondern des Anteils der Armen ins Auge gefasst wird. Dieser Anteil ist ein Quotient, der aus der Zahl der Armen im Zähler und der Weltbevölkerung im Nenner besteht. Weil der für 2000-2015 erwartete Anstieg der Weltbevölkerung den Nenner um 20 Prozent erhöht, genügt eine 40-prozentige Verringerung im Zähler, um den Quotienten zu halbieren.

Wieviel dieser Verringerung ist bislang erreicht worden? Relativ zur offiziellen Armutsgrenze der Weltbank wird für 2000-2005 eine ansehnliche Verringerung von 17,3 Prozent berichtet. Relativ zur adäquateren, doppelt so hohen Armutsgrenze findet man allerdings eine bescheidene Verminderung der Zahl der Armen um nur 6,6 Prozent.

Seit der einstimmigen Annahme durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen ist das gefeierte erste Millennium Development Goal (MDG-1) dramatisch revidiert worden. In neueren Formulierungen und in der UN-Buchführung über MDG-1 wird die Zahl der Armen nun nicht als Anteil der Weltbevölkerung, sondern als Anteil der schnellerwachsenden Bevölkerung der Entwicklungsländer ausgedrückt. Außerdem wird jetzt die Basislinie auf 1990 zurückdatiert, so dass die schon in den 1990er Jahren erreichte große Armutsverminderung in China als Fortschritt zum MDG-1 mitgezählt werden kann. (Dieses Zurückdatieren der Basislinie des MDG-1 hat auch seine komische Seite: Die UN berichtete, dass das Ziel für 2015 in der bevölkerungsreichsten Weltregion – Ostasien und Pazifik – bereits 1999 erreicht worden sei, ein Jahr bevor dieses Ziel überhaupt erst verkündet wurde! Die Basislinien von MDG-4 und MDG-5 wurden analog zurückdatiert.) Da die erwartete Bevölkerungszahl der Entwicklungsländer im Jahr 2015 bei 146 Prozent des Stands von 1990 liegt, reicht jetzt eine Verringerung der Zahl der Armen auf 73 Prozent des Stands von 1990 aus, um »die Armut bis 2015 zu halbieren«. Das neueste Ziel ist also, die Zahl der extrem Armen innerhalb einer Zeitspanne von 25 Jahren um 27 Prozent zu verringern. Man stelle sich vor, Präsident Roosevelt hätte 1942 in ähnlicher Weise auf die faschistische Herausforderung reagiert: mit dem Versprechen, die fortlaufend von den Achsenmächte angerichteten Schäden bis 1967 um 27 Prozent zu vermindern! Dabei richtet die Weltarmut heute weit mehr Schaden an, und die zum Sieg über den Faschismus nötigen Opfer waren weitaus größer als die, die heute zum Sieg über die Weltarmut nötig wären.

Wieviel Fortschritt ist bislang in Richtung auf die neuerdings angestrebte 27-prozentige Armutsverringerung erzielt worden? Wenn man die offizielle Armutsgrenze der Weltbank verwendet, findet man, dass von 1990 bis 2005 die Zahl der Armen bereits um 24,1 Prozent zurückgegangen ist. MDG-1 in seiner letzten offiziellen Interpretation wird sicherlich erreicht werden. Nimmt man die adäquatere, doppelt so hohe Armutsgrenze, findet man allerdings im selben Zeitraum einen *Anstieg* der Armenzahl um 2,1 Prozent. So gemessen gibt es also keinen Fortschritt und kaum Hoffnung, dass eine 27 Prozentige Armutsverringerung in den letzten zwei Fünfteln der Planperiode noch zustande kommt.

Die folgende Tabelle korreliert zusammenfassend die drei Halbierungsversprechen mit zwei Armutsgrenzen: der offiziellen (1,25 US-\$ pro Person pro Tag zur KKP von 2005) und einer adäquateren Schwelle, die diesen Betrag verdoppelt. Für jede dieser sechs möglichen Zielsetzungen zeigt die Tabelle dann die für 2015 angestrebte Anzahl von Armen, die bei geradem Kurs auf dieses Ziel bis 2005 erforderliche Armutsverringerung, sowie die positive oder negative Kursabweichung der bis 2005 tatsächlich erfolgten Armutsentwicklung.

Armuts- grenze in Dollar (2005) nach KKP	Basis- Jahr	Bis 2015 erforderliche Verringerungder Zahl der Armen	Zahl der Armen im Basisjahr in Millionen	Soll-Zahl der Armen 2015 in Millionen	Bis 2005 erforderliche Veränderungum "auf Kurs"zu sein	Bis 2005 tatsächlich beobachtete Veränderung	Prozent vor oder hinter Soll
\$1.25	1996	50%	1656	828	-28.0%	-16.9%	40% hinter
\$2.50	1996	50%	3232	1616	-28.0%	-4.5%	84% hinter
\$1.25	2000	40%	1665	999	-15.7%	-17.3%	10% hinter
\$2.50	2000	40%	3301	1981	-15.7%	-6.6%	58% hinter
\$1.25	1990	27%	1813	1324	-17.2%	-24.1%	40% voraus
\$2.50	1990	27%	3071	2242	-17.2%	+0.4%	103% hinter

Wir sehen hier, was sich mit Statistiken anstellen lässt. Wir sind bei der Erreichung von MDG-1 nur deswegen auf Kurs, weil einerseits die Weltbank mit einer absurd niedrigen Armutsgrenze operiert, mit der »nicht arme« Menschen ihre Grundbedürfnisse keineswegs sicher befriedigen können, und weil andererseits die UN und ihre Mitgliedsstaaten ihr Armutshalbierungsversprechen zweimal dramatisch verwässert haben. Die Tabelle zeigt auch, wie diese Revisionen sich auf die Anzahl derer auswirken, deren extreme Armut (1,25 US-\$) im Jahr 2015 als moralisch akzeptabel gelten soll. Die Revisionen erhöhen diese Zahl um 496 Millionen Menschen. Knapp eine halbe Milliarde extrem arme Menschen zusätzlich, das bedeutet etwa sechs Millionen zusätzliche armutsbedingte Todesfälle in Jahr 2015 und in jedem folgenden Jahr. Die bürokratischen Revisionen des Armutshalbierungsversprechens sind also, was ihre menschlichen Folgen anbelangt, noch weitaus schlimmer als die Wannsee-Konferenz im Jahre 1942. Wir sehen hier, was sich mit Statistiken anstellen lässt. Wir sind bei der Erreichung von MDG-1 nur deswegen auf Kurs, weil einerseits die Weltbank mit einer absurd niedrigen Armutsgrenze operiert, mit der »nicht arme« Menschen ihre Grundbedürfnisse keineswegs sicher befriedigen können, und weil andererseits die UN und ihre Mitgliedsstaaten ihr Armutshalbierungsversprechen zweimal dramatisch verwässert haben. Die Tabelle zeigt auch, wie diese Revisionen sich auf die Anzahl derer auswirken, deren extreme Armut (1,25 US-\$) im Jahr 2015 als moralisch akzeptabel gelten soll. Die Revisionen erhöhen diese Zahl um 496 Millionen Menschen. Knapp eine halbe Milliarde extrem arme Menschen zusätzlich, das bedeutet etwa sechs Millionen zusätzliche armutsbedingte Todesfälle in Jahr 2015 und in jedem folgenden Jahr. Die bürokratischen Revisionen des Armutshalbierungsversprechens sind also, was ihre menschlichen Folgen anbelangt, noch weitaus schlimmer als die Wannsee-Konferenz im Jahre 1942.

Wer analysiert, wie die Regierungen der Welt ihr Armutshalbierungsversprechen handhaben, versteht einen wichtigen Grund für das Fortbestehen massiver Armut: die Armen haben keine Verbündeten in der Weltelite. Hunderte von Beamten in vielen Regierungen und internationalen Institutionen waren an der Revision der Versprechen zum Nachteil der Armen beteiligt. Tausende von Ökonomen und anderen Akademikern verstanden, was da vor sich ging. Und tausende von Reportern und Journalisten, die über das Gipfeltreffen in Rom und die MDGs berichtet hatten, wussten ebenfalls Bescheid – wobei einige explizit diese Revision als nicht berichtenswert abtaten. Die meisten dieser privilegierten Menschen haben nichts gegen die Armen – sie haben lediglich andere Prioritäten, und es ist ihnen egal, wie sich die Verfolgung dieser Prioritäten auf die Armen weltweit auswirken mag.

Diese weitverbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem Weltarmutsproblem wird moralisch untragbar, wenn man sich vergegenwärtigt, wie unermesslich groß die trotz allen Wirtschaftswachstums fortbestehenden menschlichen Kosten der Armut sind im Vergleich zu den ökonomischen Kosten ihrer Überwindung. Ein moralischer Mensch kann dieses Problem nicht ignorieren.

Diejenigen, die der Weltarmut wenigsten ein bisschen Aufmerksamkeit schenken, beruhigen sich oft mit dem Gedanken, dass wir diese Armut einfach nicht vermeiden können, zumindest nicht zu zumutbaren Kosten. Wir haben schon gesehen, dass das den Armen Einkommen fehlende nur einen winzigen Bruchteil Haushaltseinkommens ausmacht. Manche denken jedoch, dass die Überwindung der Weltarmut eine übervölkerte, verarmte und instabile Welt zur Folge hätte. Diese Ansicht hatte einmal prominente akademische Verfechter – insbesondere den Mikrobiologen Garrett Hardin (1974), der die Erde mit einem überladenen Rettungsboot zu vergleichen pflegte. Inzwischen ist sie aber durch umfangreiche empirische Studien aus aller Welt diskreditiert worden, die unter anderem zeigen, dass mit dem Rückgang der Armut auch die Fertilitätsraten abfallen (Sen 1994). Wo immer Menschen Zugang zu Verhütungsmitteln und das zu ihrer sachdienlichen Verwendung erforderliche Wissen erlangt haben sowie die Gewissheit, dass ihre Kinder bis ins Erwachsenenalter überleben werden und dass ihr eigenes Auskommen im Alter gesichert sein wird, sind die Fertilitätsraten deutlich gesunken. Wir sehen dies in den dramatischen Rückgängen dieser Raten (Kinder pro Frau) in Gegenden, in denen die Armut zurückging. In den letzten 55 Jahren ist diese Zahl zum Beispiel in Ostasien von 5,42 auf 1,72 gefallen, in Portugal von 3,04 auf 1,38 und in Australien von 3,18 auf 1,83. Im Gegensatz dazu hat es in Gegenden, die wirtschaftlich stagnieren, in der gleichen Zeit wenig Veränderungen gegeben: in Äquatorialguinea veränderte sich die Rate von 5,50 zu 5,36, in Mali von 6,23 zu 5,49, in Niger von 6,86 zu 7,15 und in Sierra Leone von 5,52 zu 5,22 (esa.un.org/unpp/index.asp?panel=2). Dieser Zusammenhang wird durch weitere synchrone Vergleiche bestätigt. Derzeit beträgt die Gesamtfertilitätsrate in den 50 am wenigsten entwickelten Ländern 4,39 gegenüber 1,64 in den entwickelten Regionen und 2,46 für die übrigen Länder (ibid.). Die vollständige Liste der nationalen Fertilitätsraten bestätigt auch einen starken Zusammenhang zwischen diesen Raten und der Verbreitung der Armut und zeigt, dass bereits 95 wohlhabende Länder Gesamtfertilitätsraten von unter zwei aufweisen (www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/ran korder/2127rank.html), was auf zukünftigen Bevölkerungsrückgang hindeutet. Zusammengenommen zeigen diese Daten überzeugend, dass eine Verringerung der Armut eine erhebliche *Verlangsamung* des globalen Bevölkerungswachstums zur Folge hätte.

Diese Daten entkräften auch die Behauptung, dass die Weltarmut ein Gutes sei für die Umwelt, welche schweren Schaden nähme, wenn der Konsum von Milliarden derzeit noch armer Menschen sich dem der Wohlhabenden annähern würde. Das Gegenteil ist der Fall: Die schnellstmögliche Überwindung der Armut würde erheblich zum frühen Erreichen des Höchststands der Weltbevölkerung beitragen, was wiederum gewaltige ökologische Gewinne für den Rest des dritten Jahrtausends und die Zeit danach zur Folge hätte. Wir hätten die Chance, in Jahre 2100 eine rückläufige Weltbevölkerung von sieben Milliarden zu erzielen. Wenn wir die Weltarmut jedoch weiterhin reproduzieren, ist im Jahr 2100 eher mit einer noch wachsenden Weltbevölkerung von 10-14 Milliarden zu rechnen. Neben den durch eine geringere Weltbevölkerung bewirkten langfristigen ökologischen Verbesserungen fallen die kurzfristigen ökologischen Auswirkungen von Armutsvermeidung kaum ins Gewicht. Diese kurzfristigen negativen Auswirkungen werden überdies oft überschätzt. Zwar stimmt es, dass die ärmere Hälfte der Menschheit durch ein zusätzliches Prozent des weltweiten Haushaltseinkommen (also 4 Prozent statt 3 Prozent) ihren ökologischen Fußabdruck ausdehnen würde. Aber man muss auch bedenken, dass der sehr viel größere ökologische Fußabdruck der reicheren Hälfte sich verringern würde, weil sie dann ja ein Prozent weniger (also 96 Prozent statt 97 Prozent) hätte. Netto bleibt trotzdem noch ein negativer Einfluss auf die Umwelt, weil die ökologische Belastung pro Euro Einkommen mit steigendem Einkommen abnimmt. Dieser Effekt ist aber sehr klein verglichen mit den langfristigen ökologischen Gewinnen durch die Überwindung der Armut - und lässt sich leicht durch kleine Verringerungen der durch den Konsum der reicheren Hälfte verursachten Umweltbelastungen ausgleichen.

Nach der Widerlegung der Behauptung, die Weltarmut sei ein moralisch notwendiges Übel, stehen wir Wohlhabenderen vor der Frage, was und wie viel wir für die Verringerung der weltweiten Armut zu »opfern« verpflichtet sind. Die meisten Wohlhabenden glauben, dass diese Pflichten schwach sind, dass es nicht sehr falsch ist, gar nicht zu helfen. Gegen diese Ansicht haben etliche Philosophen argumentiert, dass die Wohlhabenden positive Pflichten haben, die recht streng und ziemlich anspruchsvoll sind: Falls Menschen Hunger, Krankheit und vorzeitigen Tod vermeiden können, ohne dass es sie selbst viel kostet, dann müssen sie dies tun, selbst wenn die Bedürftigen völlig Fremde sind. Peter Singer (1972) stritt für diese Schlussfolgerung mit einem berühmten Bild, in dem er die Armen der Welt mit einem ertrinkenden Kind verglich: Wohlhabende Menschen, die den Hungernden keine Hilfe zukommen lassen, verhalten sich nicht besser als der Passant, der das ertrinkende Kind nicht aus einem schlammigen Teich rettet, weil er seine Hose nicht schmutzig machen möchte.

Ein Problem mit Singers Ansicht ergibt sich aus der Frage, wie viel eine wohlhabende Person tun muss, um ihre Hilfspflicht zu erfüllen – in Anbetracht praktisch unendlich vieler weiterer Bedürftiger, denen sie auch noch helfen könnte. Bei näherer Betrachtung mutet die Annahme eines solchen Punktes, an dem die Hilfspflicht endet, seltsam an. Es erscheint plausibler anzunehmen, dass sich die moralische Hilfspflicht mit jeder Hilfeleistung abschwächt und erst dann ganz erlischt, wenn der Helfer selbst zum Hilfsbedürftigsten

geworden ist. Zwar neigen wir dazu, binär zu unterscheiden zwischen dem, was Pflicht ist, und dem, was über Pflicht hinausgeht. Aber es gibt in Singers Ansatz wohl keine plausible Formel, die uns erlauben würde, aus Angaben über die finanzielle Situation eines Menschen zu bestimmen, ob er genug geholfen hat oder noch mehr geben muss, wenn er dies tun kann, ohne sich selbst ähnliche Deprivationen aufzubürden wie die, die er anderen erspart.

Beim Hilfeleisten schwächen sich also die moralischen Gründe, noch mehr zu geben, langsam ab, werden weniger verpflichtend und eher Ermessenssache. Dies lässt sich auf dreierlei Gründe zurückführen: Erstens sind vielleicht die Hilfsbedürftigen nicht mehr gar so bedürftig. Zweitens wird das Geben eines weiteren Euros für den Helfenden, dessen Mittel sich immer weiter verringern, zu einer immer größeren Belastung. Drittens spricht die bereits geleistete Hilfe immer stärker dafür, dass der Helfer schon viel zur Erfüllung seiner Pflicht getan hat. Diese drei Gründe fallen nicht präzise zusammen. Der dritte Grund reagiert empfindlich darauf, ob die geleistete Hilfe sich in der finanziellen Situation des Helfers widerspiegelt. (Dass eine Person eine Milliarde gegeben hat, macht wenig Unterschied, wenn sie noch 49 Milliarden hat.) Singer und seine Anhänger haben keinen Algorithmus, um die Stärke dieser Gründe einzuschätzen oder um präzise zu bestimmen, ob jemand seine Pflicht getan hat oder nicht. Dennoch haben sie plausible Argumente für die Schlussfolgerung, dass wir lebensbedrohliche Armut abbauen sollten, solange wir das tun können, ohne etwas wirklich Wichtiges aufzuopfern.

Andere Philosophen haben die geteilten Voraussetzungen dieser Debatte in Frage gestellt, insbesondere die beliebte Ansicht, dass Menschen in wohlhabenden Ländern genauso unschuldig an der Weltarmut sind wie Singers Passant an der Not des ertrinkenden Kindes. Dieses In-Frage-Stellen kann in vielfältiger Weise formuliert werden (Pogge 2008, 205-10). Man kann die Legitimität der existierenden, hochgradig polarisierten Einkommens- und Vermögensverteilung in Frage stellen, die aus einem von schwersten Verbrechen (Völkermord, Kolonialismus, Sklaverei) durchzogenen historischen Prozess hervorgegangen ist, der viele Menschen eines fairen Anteils an den Ressourcen der Welt beraubt hat. Man kann die negativen Umstände und Bedingungen kritisieren, welche die wohlhabenden Völker den Armen der Welt auferlegen: Treibhausgasemissionen zum Beispiel, die die Ausdehnung von Wüsten und die Ausbreitung von Tropenkrankheiten verursachen, oder hocheffiziente europäische Fischereiflotten, die die Fischbestände vor den Küsten Afrikas dezimieren.

Man kann ebenfalls das zunehmend dichte und einflussreiche Netzwerk globaler Institutionen kritisieren, das vorhersehbar und vermeidbar massive Armut perpetuiert. Dies geschieht zum Beispiel dadurch, dass seine Regeln es wohlhabende Staaten erlauben, ihre Märkte durch Einfuhrbeschränkungen und Anti-Dumping-Zölle zu schützen und ihren einheimische Produzenten durch gewaltige Subventionen (die allein in der Landwirtschaft über 200 Milliarden Euro betragen) auf den Weltmärkten unfaire Vorteile verschaffen, die potenzielle Produzenten aus ärmeren Ländern effektiv ausschließen. Es geschieht auch dadurch, dass alle WTO-Mitgliedsstaaten verpflichtet wurden, Produktpatente mit 20-jähriger Laufzeit zu gewähren, wodurch der Preis neuer, sehr billig herstellbarer Medikamente so stark ansteigt, dass diese für die meisten Menschen unerschwinglich geworden sind. Die bestehende internationale Institutionenordnung nährt auch korrupte und repressive Regierungen in den ärmeren Ländern dadurch, dass in ihr jede machthabende Person oder Gruppe – egal wie sie an die Macht gelangt ist oder diese ausüben mag – als berechtigt gilt,

(a) die Ressourcen des Landes zu verkaufen und die Erlöse solcher Verkäufe beliebig zu verwenden, (b) im Namen des Landes Darlehen aufzunehmen und dadurch dem Land Zinsund Rückzahlungsverpflichtungen aufzuerlegen, (c) völkerrechtlich verbindliche Verträge im Namen des Landes zu unterzeichnen, und (d) auf Kosten des Landes Waffen zur Unterdrückung des eigenen Volkes zu importieren. Diese Praxis der Anerkennung ist ausgesprochen günstig für viele Herrscher, die sich an die Macht geputscht haben und mit schwerer Repression an der Macht halten, denn sie können ihre Landsleute so auch gegen deren Willen langfristig beherrschen und sich an ihren Ressourcen bereichern. Diese Praxis ist auch für die wohlhabenden Länder vorteilhaft, insofern als wir uns zum Beispiel von afrikanischen Machthabern Rohstoffe kaufen können, ohne uns darum zu scheren, wie diese Herrscher an die Macht kamen und wie schlecht sie regieren. Für die Bevölkerung solcher (insbesondere rohstoffreicher) Länder ist diese Praxis jedoch verheerend, da sie die Unterdrücker stärkt und Anreize für Umsturzversuche und Unterdrückung schafft. Schlechte Regierungen sind in vielen Ländern (besonders in denen, die über reiche Bodenschätze verfügen) eine vorhersehbare Auswirkung der vier Privilegien (a-d), mit denen die internationale Ordnung Personen und Gruppen beschenkt, die es schaffen, ein Land unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die allgemeine Schlussfolgerung, die aus diesen Überlegungen gezogen werden muss, lautet, dass die moralische Herausforderung, welche das Problem der Weltarmut an die Wohlhabenden stellt, nicht bloß auf Ausweitung von Hilfeleistungen, sondern auch auf Verminderung von Schädigungen hinausläuft. Die reichen Länder verfehlen nicht nur ihre positiven Pflichten, sondern verletzen auch ihre negativen Pflichten: die Pflichten, eine ungerechte Besitzverteilung nicht mit Gewalt zu verteidigen oder zum eigenen Vorteil auszunutzen, oder die Pflicht, nicht bei der Aufrechterhaltung ungerechter Praktiken oder Institutionen (die vorhersehbar und vermeidbar Millionen von Menschen in lebensbedrohlicher Armut halten) mitzuwirken oder davon zu profitieren.

Eine Verletzung der letztgenannten Pflicht liegt nur dann vor, wenn es den wohlhabenderen Ländern leidlich möglich ist, internationale Praktiken und Institutionen gemeinsam so zu reformieren, dass sie viel weniger Armut produzieren. Dass diese Bedingung erfüllt ist, ist schwer zu widerlegen angesichts der soeben angeführten Beispiele: Wir könnten sehr gut leben, auch ohne die afrikanischen Küstengewässer zum Leidwesen der einheimischen Bevölkerung leerzufischen. Wir sind nicht angewiesen auf die riesigen Subventionen und anderen protektionistischen Maßnahmen, die in armen Ländern Exportmöglichkeiten und Arbeitsplätze dezimieren. Wir müssen nicht armen Ländern Monopole für unsere Pharmakonzerne abringen, die arme Menschen dort daran hindern, generische Versionen neuer Medikamente zu kaufen. Und wir könnten gut auch auf die vier Privilegien verzichten, mit deren Hilfe Gewaltherrscher ihre Landsleute unterdrücken und ihrer Ressourcen berauben. Sofern Alternativen leidlich möglich sind, müssen die bestehenden, armutsverschärfenden Praktiken und institutionalisierten Regeln als ungerecht gelten und ihre weltweite Durchsetzung als Verbrechen gegen die Armen der Welt.

Zwar besteht keine Einigkeit darüber, wie viel Ungleichheit und Armut ein internationales Regelsystem maximal produzieren darf, wenn es als gerecht gelten dürfen soll. Aber es bedarf keiner präzisen Antwort auf diese Frage, um zu folgern, dass die bestehenden Ausmaße an Armut und Ungleichheit exzessiv sind. Wenn elementare Menschenrechte für einen Großteil

der Menschheit vermeidbarerweise nicht erfüllt sind, dann muss unsere internationale Institutionenordnung als ungerecht gelten, wenn sie zu diesem Menschenrechtsdefizit beiträgt. Besonders die mächtigeren Länder stehen dann in der Verantwortung, diese Ordnung so zu reformieren, dass sie stärker mit den Menschenrechten übereinstimmt – eine Verantwortung, die letztlich auf den Bürgern dieser Länder lastet. Einzelne Bürger können natürlich die internationale Institutionenordnung nicht allein reformieren, aber sie können politisch auf derartige Reformen hinarbeiten und auch individuelle Anstrengungen unternehmen, um die Armen vor den Auswirkungen ihnen auferlegter ungerechter Regeln zu schützen. Solche Anstrengungen, obschon aktiv,

ergeben sich aus der negativen Pflicht, andere nicht zu schädigen: Sofern wir zur Formulierung oder Durchsetzung ungerechter Regeln beitragen

oder davon profitieren, sind wir für den Schaden, den diese Regeln anrichten,

mitverantwortlich – wenn wir nicht aktiv dafür sorgen, dass

der uns zuschreibbare Anteil an diesen Schäden durch Schutz- oder

Hilfsmaßnahmen abgeblockt wird.

Zusammenfassend: Weltarmut ist das moralisch wichtigste Thema unserer

Institutionenordnung als ungerecht gelten, wenn sie zu diesem Menschenrechtsdefizit beiträgt. Besonders die mächtigeren Länder stehen dann in der Verantwortung, diese Ordnung so zu reformieren, dass sie stärker mit den Menschenrechten übereinstimmt – eine Verantwortung, die letztlich auf den Bürgern dieser Länder lastet. Einzelne Bürger können natürlich die internationale Institutionenordnung nicht allein reformieren, aber sie können politisch auf derartige Reformen hinarbeiten und auch individuelle Anstrengungen unternehmen, um die Armen vor den Auswirkungen ihnen auferlegter ungerechter Regeln zu schützen. Solche Anstrengungen, obschon aktiv, ergeben sich aus der negativen Pflicht, andere nicht zu schädigen: Sofern wir zur Formulierung oder Durchsetzung ungerechter Regeln beitragen oder davon profitieren, sind wir für den Schaden, den diese Regeln anrichten, mitverantwortlich – wenn wir nicht aktiv dafür sorgen, dass der uns zuschreibbare Anteil an diesen Schäden durch Schutz- oder Hilfsmaßnahmen abgeblockt wird.

Zusammenfassend: Weltarmut ist das moralisch wichtigste Thema unserer Zeit. Es ist kein vermeidbares Desaster, das am fernen Horizont aufzieht wie ein Krieg mit Nuklearwaffen oder ein katastrophaler Klimawandel, sondern eine vermeidbare Katastrophe, die heute Millionen von Menschen das Leben zur Hölle macht und täglich rund 50 000 Menschen umbringt. Die meisten Wohlhabenden, die etwas gegen diese Katastrophe tun könnten, nehmen nicht einmal von ihr Notiz. Täten sie dies, würden sie sich ihrer strengen positiven und negativen Pflichten bewusst werden, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Armut mit aller gebotenen Schnelligkeit zu überwinden.

Literatur

Chen, S., & Ravallion, M. (2008), »The Developing World is Poorer than We Thought, but no Less Successful in the Fight against Poverty«, World Bank Policy Research Working Paper WPS 4703, abrufbar unter econ.worldbank.org/docsearch.

- Hardin, G. (1974), »Lifeboat Ethics: The Case Against Helping the Poor«, *Psychology Today* 8/4: S. 38-43.
- Milanovic B. (2005), Worlds Apart: Measuring International and Global Inequality (Princeton NJ: Princeton University Press).
- Pogge, T. (2008), World Poverty and Human Rights, zweite Ausgabe (Cambridge: Polity Press).
- Pogge, T. (2009), *Gerechtigkeit in der Einen Welt*, mit Reaktionen von Heidemarie Wieczorek-Zeul, Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse und Gert Weißkirchen (Essen: Klartext Verlag).
- Pogge, T. (2010), *Politics as Usual: What Lies Behind the Pro-Poor Rhetoric* (Cambridge: Polity Press).
- Reddy, S. & Pogge, T. (2010), »How *Not* to Count the Poor«, in Anand, S., Segal, P., und Stiglitz, J., Hrsg., *Debates in the Measurement of Global Poverty* (Oxford: Oxford University Press), auch abrufbar unter www.socialanalysis.org.
- Sen, A. (1994), »Population: Delusion and Reality,« *New York Review of Books* 41/15 (22. September): S. 62-71.
- Singer, P. (1972), »Famine, Affluence and Morality«, *Philosophy and Public Affairs*, 1/3: S. 229-43.